

Niederschrift

zur 55. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 29.08.2018	18:30- 19:25 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Karin Lehmann , Wolfgang Petenati

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Nancy Krüger

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch , Elke Wagner ab 18.37 Uhr

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker

Bürgermeister

Matthias Rudolph

Verwaltung

Melanie Brückner , Franka Koch , Christfried Tschepe

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende ist verwundert darüber, dass die Informationsdrucksache 6/IV/769 (nichtöffentlich) den Mitgliedern für die heutige Sitzung nun als Beratungsdrucksache mit Beschlussvorschlag vorliegt.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 27.6.2018

Frau Nancy Krüger merkt an, dass sie auch im nichtöffentlichen Sitzungsteil anwesend war.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Seitens des Vorsitzenden liegen keine Informationen vor.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 6/DS/764 05.07.2018 zur DS 6/DS/731 und Beschluss über die in Anlage 1 beigefügte Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree

Der Bürgermeister führt aus, dass er zu dieser Drucksache Rücksprache mit der Kommunalaufsicht genommen hat. Der Schriftverkehr zwischen der Stadt und Kommunalaufsicht des Landkreises Oder-Spree steht den Abgeordneten zur Verfügung. Die Kommunalaufsicht besteht auf die Aufhebung der Satzung bei gleichzeitiger Untersagung, die Satzung öffentlich bekannt zu machen. Zum Beschlussvorschlag Nr. 1 gibt es eine Änderung: Der am 5.7.2018 gefasste Beschluss Nr. 1 zur DS 6/DS/731 wird aufgehoben. Im Falle dass nur Pkt. 1 beschlossen wird und Pkt. 2 nicht, dann wäre weiterhin die Satzung vom 1.4.2017 gültig. Die prognostizierte Jahresdifferenz 2017 beträgt ca. 3.000 Euro.

Frau Lehmann teilt mit, dass der Sozialausschuss den Teil 1 des Beschlussvorschlages abgelehnt hat. Der Bürgermeister ergänzt, dass er im Nachgang zu dieser Sitzung die Rechtsstelle konsultiert hat. Wenn der Teil 1 des Beschlussvorschlages abgelehnt wird, ist er handlungsunfähig was die Satzung betrifft.

Frau Wagner merkt an, dass der Sozialausschuss sich einheitlich für die Variante 3 ausgesprochen hat. Wenn der Beschluss aufgehoben wird, müsste die Variante 3 nochmals neu beschlossen werden. Sie versteht nicht, worin der sachliche Unterschied besteht, was die Handlungsfähigkeit des Bürgermeisters betrifft.

Der Vorsitzende sagt, wenn Pkt.1 beschlossen wird und Pkt. 2 nicht, dann bleibt die alte Satzung vom 1.4.17, mit einem Unterschied von 3.000 € im Jahr, bestehen. Sobald der Haushalt beschlossen wurde, muss ein neuer Beschluss herbeigeführt werden.

Dies führt dann aber dazu, so Frau Wagner, dass im Stadtgebiet von Fürstenwalde zwischen Nord und Süd für gleichaltrige Kinder unterschiedliche Essenspreise bestehen. Sie spricht gegen die Inbetriebnahme der alten Satzung. Sie hofft darauf, dass die vorläufige Haushaltsführung demnächst beendet ist. Des Weiteren stellt sie sich die Frage, auf Grund welcher Gesetzgebung kann die Kommunalaufsicht die Stadt überhaupt zwingen, einen Beschluss aufzuheben, worauf Herr Rudolph antwortet, dass rechtswidrige Beschlüsse vom Bürgermeister zu beanstanden sind und in der nächsten regulären Sitzung muss über den Sachverhalt erneut befunden werden. Wenn über den gleichen Sachverhalt abgestimmt wird geht der Vorgang an die Kommunalaufsicht und diese hat drei Monate Zeit, laut Kommunalverfassung, diesen zu beanstanden und ggf. aufzuheben.

Der Bürgermeister stellt klar, dass für den Kindergartenbereich nach alter und neuer Satzung die Essenportion 1,58 € kostet. Im Hortbereich liegt der Preis im gesamten Stadtgebiet einheitlich bei 1,76 € (alt: 1,68 €).

Herr Sachse plädiert dafür, zum Pkt. 2 keinen Beschluss zu fassen und die derzeit gültige Satzung weiterhin in Kraft zu lassen.

Zum Schluss der Debatte erhält die Verwaltung den Auftrag zu prüfen, die Satzung nicht am 1.9.18 in Kraft treten zu lassen, sondern am 1.1.19, da dann auch ein neuer Haushalt vorliegt.

TOP 7.2 Halbjahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2018

6/IV/760

Die Kämmerin geht auf die Informationsdrucksache Halbjahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2018 ein und teilt mit, dass die Anlage 7 zur Übersicht der Ermächtigungsübertragungen und Anlage 9 zum voraussichtlichen Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2018 noch einmal überarbeitet wurden.

Abg. Sachse bittet Frau Brückner zum Zahlenwerk um eine Aussage, wie die Prognose für das II. Halbjahr ist.

Frau Brückner antwortet, dass die Prognose für den Ergebnishaushalt zum Jahresende positiv ausfallen wird. Als grundsätzliches Problem sieht sie die Beanstandung des Haushaltes 2018 im Zusammenhang mit § 22 (Runderlass). Zur weiteren Verfahrensweise im Umgang mit dem Haushalt hat sich die Verwaltung dazu entschlossen, einen Doppelhaushalt 2018/2019 vorzulegen. Es werden alle Daten 2018-2022 erhoben für die Maßnahmen, die nicht in Frage stehen, Maßnahmen die mit Beschlüssen hinterlegt sind und für die Maßnahmen, die bereits begonnen wurden. Alle weiteren Maßnahmen kommen auf sogenannte Wunschlisten. Um gesetzeskonform zu handeln und auch Investitionen tätigen zu können muss der Kassenkredit abgebaut werden.

Abg. Wagner sagt, dass viele Investitionen nicht so stattfinden, wie sie ursprünglich geplant wurden (Aufbauschule, Th.-Fontane-Schule, Jagdschloss) und daher eine Menge an Geldmitteln aus der Investitionstätigkeit im Jahr 2018 nicht abgerufen werden. Im Umkehrschluss ist ihr nicht klar, dass der Haushalt 2018 von der Kommunalaufsicht beanstandet wurde, weil die Investitionen in 2019 nicht gesichert waren.

Frau Brückner teilt mit, dass die Kommunalaufsicht nicht den HH 2019 beanstandet hat, sondern die mittelfristige Planung.

Kenntnisnahme

TOP 7.3 Aufhebung des Beschlusses 6/DS/631 (Haushaltssatzung 2018 vom 6/DS/759 01.02.2018)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree hebt den Beschluss 6/DS/631 vom 01.02.2018 zur Haushaltssatzung 2018 auf.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7.4 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg vom 07.12.2001 auf die Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/761

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag (Anlage 2) mit dem Landkreis Oder-Spree vom 27.06.2018 zur Übertragung von Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg vom 07.12.2001 auf die Stadt Fürstenwalde/Spree abzuschließen und öffentlich bekannt zu machen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Benennung der / des Integrationsbeauftragten der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/763

Frau Lehmann teilt mit, dass der Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen einstimmig für den Beschlussvorschlag votiert hat.

Frau Fiedler weist daraufhin, dass es zum Sachverhalt einige Ergänzungs- bzw. Änderungsvorschläge gibt.

Seite 3, Pkt. 13 „...Bürgerinnen und Bürgern ersetzen durch Einwohnerinnen und Einwohner“

Seite 3, Pkt. 12 „...gemeinsam mit dem Bürgermeister...“ wird gestrichen

Seite 2, Pkt. 9 „...Entwicklung und Begleitung des Quartiersmanagements...“
Ergänzung: „Die/der Integrationsbeauftragte unterstützt die Erweiterung des Quartiersmanagements in weiteren Stadtgebieten“.

Änderung im Beschlussvorschlag: „Der Sachverhalt wird als Stellenplatzbeschreibung Gegenstand des Beschlusses“.

Abg. Sachse fragt, ob es angedacht ist, dass die derzeitige Integrationsbeauftragte diese Tätigkeit noch zusätzlich mit übernehmen soll oder wird die andere Stelle vakant und muss neu besetzt wird.

Der Bürgermeister sagt, dass es keinen Wegfall und auch keine Vakanzen geben wird zumal noch zwei weitere Stellen ausgeschrieben werden sollen, die sich mit der „Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten“ befassen sollen.

Abg. Wagner reagiert darauf und sagt, dass dies Aufgabe des Jobcenters ist, worauf der Bürgermeister antwortet, dass es sich hier um ein Programm zur Fachkräftesicherung „Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten“ über einen Zeitraum von drei Jahren handelt. Finanziert wird dies durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Zusätzlich gibt es einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 125.000 €.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert über den Stand des Kassenkredites der Stadt Fürstenwalde wie folgt:

-76.549,89 €	SPK – Masteraccount (Guthaben)
9.000.000,00 €	Achmea Investment (NL) bis 17.9.18
5.518.814,13 €	Deutsche Bank, CHF-Kredit 6.292.000 Mio CHF, Wechselkurs 1,1401
<hr/>	
14.442.264,24 €	

Des Weiteren informiert er, dass in der Verwaltung förmliche Anträge von der Fraktion DIE LINKE u.a. zur Neubildung des Hauptausschusses, Besetzung der Fachausschüsse und zur Neubesetzung der Aufsichtsratssitze in den verbundenen Unternehmen eingegangen sind. Auf Grund dessen, sind in der nächsten regulären Sitzung der STVV die Mitglieder für den Hauptausschuss, die Fachausschüsse und die Aufsichtsräte neu zu benennen.

Der Abg. Wende wünscht bezüglich der Aufhebung des Haushaltsplanes 2018 ergänzende Informationen. Der Bürgermeister sagt zu, allen Abgeordneten diese im Vorfeld der morgigen STVV zur Verfügung zu stellen.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Fiedler regt erneut eine aktuelle Stunde zur Kriminalitätsstatistik der Stadt Fürstenwalde/Spree an.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet um 19.25 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Uwe Koch
Vorsitzender

Anke Marggraf
Protokollantin